

Joy Sievers

Recht- und zweckmäßiges Handeln des Geschäftsleiters bei der Abschlusserstellung

Die Sorgfaltsanforderungen der §§ 93 Abs. 1 AktG, 43 Abs. 1 GmbHG an die Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses



Nomos



Joy Sievers

Recht- und zweckmäßiges Handeln des Geschäftsleiters bei der Abschlusserstellung

Die Sorgfaltsanforderungen der §§ 93 Abs. 1 AktG, 43 Abs. 1 GmbHG an die Erstellung des Jahres- und Konzernabschlusses



Nomos

The book processing charge was funded by the Baden-Württemberg Ministry of Science, Research and Arts in the funding programme Open Access Publishing and the University of Freiburg.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Freiburg, Univ., Diss., 2020

1. Auflage 2021

© Joy Sievers

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-8487-8298-7

ISBN (ePDF): 978-3-7489-2689-4

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748926894>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2020/2021 von der Juristischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Dissertation angenommen. Ihre Erkenntnisse fallen seit Bekanntwerden des Wirecard-Skandals in rechtspolitisch turbulente Zeiten, die ein besonderes Licht auf die Abgrenzung von Bilanzpolitik und Bilanzmanipulation werfen. Die einschlägige Rechtsprechung und Literatur konnte bis einschließlich Februar 2021 berücksichtigt werden.

Ich danke meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Hanno Merkt für die engagierte Betreuung der Arbeit sowie Herrn Professor Dr. Lieder für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Der Kanzlei Willkie Farr & Gallagher LLP danke ich für die praktischen Einblicke in das Gesellschafts- und Bilanzrecht, die ich als wissenschaftliche Mitarbeiterin während meiner Promotionszeit dort erlangen durfte.

Mein tiefer Dank gilt schließlich meiner Familie, die mich auf meinem bisherigen Lebensweg stets nach Kräften unterstützt hat: Meinem Vater Konrad, der mich dazu ermutigt hat, eine juristische Laufbahn einzuschlagen; meiner Großmutter Dorothea, deren Wissbegier und Tatendrang ich mir stets zum Vorbild nehmen werde; meiner Mutter Andrea, deren grenzenlose Unterstützung der magische Schlüssel zu allem war; sowie meinem Partner Michael, an dessen Seite das Leben so voller Möglichkeiten ist. Sie alle haben Anteil an diesem Buch.

Frankfurt am Main, im Mai 2021

Joy Sievers

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	25
§ 1 Untersuchungsgegenstand	25
§ 2 Thematische Eingrenzung	27
§ 3 Gang der Untersuchung	28
Erster Teil: Rechtmäßiges Handeln des Geschäftsleiters – Gegenstand der rechtlichen Pflichtenbindung	30
§ 1 Quellen rechtlicher Pflichtenbindung bei der Abschlusserstellung	30
A. Internationale Rechnungslegungsstandards	30
I. Rezeptionsmethode: Zur Abgrenzung zwischen Inkorporation und dynamischer Verweisung	32
1. Meinungsstand	32
2. Stellungnahme vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen und Tendenzen	34
a) Umstrukturierung der EFRAG infolge des Maystadt-Reports	34
b) Anpassung der IAS-VO an Art. 290 AEUV	35
c) Auswirkung auf die Bewertung des Meinungsstreits	38
II. Rezeptionsverfahren: Endorsement-Verfahren als demokratischer und rechtsstaatlicher Legitimationsprozess	39
1. Wesentlichkeitsvorbehalt	40
2. Bestimmtheitsgebot	43
a) „ <i>True and fair view</i> “-Prinzip	44
b) Europäisches öffentliches Interesse	46
c) Verständlichkeit, Erheblichkeit, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit	48

3. Beteiligung der EFRAG am Endorsement-Verfahren	51
a) Prozedurale Steuerung – Zur Umsetzung reflexhaft-demokratischer Mindeststandards in der Organisationsstruktur der EFRAG unter Berücksichtigung der Reformen infolge des Maystadt-Berichts	52
aa) Personelle Besetzung	53
(1) EFRAG Board	53
(2) EFRAG-TEG	54
bb) Finanzierung	56
cc) Entscheidungsprozess („Due Process“)	57
b) Materielle Steuerung	58
c) Schlussfolgerungen	58
4. Zur Notwendigkeit und Umsetzung kompensatorischer Steuerungsmaßnahmen auf Ebene der IFRS Foundation	59
a) Prozedurale Steuerung	60
aa) Personelle Besetzung der Trustees der IFRS Foundation und des IASB	61
bb) Finanzierung	63
cc) Standardsetzungsverfahren	64
b) Materielle Steuerung	65
III. Zusammenfassung	66
B. Rahmenkonzept	68
I. Keine Verbindlichkeit des Rahmenkonzepts kraft Inkorporation	68
II. Verweisungen auf das Rahmenkonzept in den internationalen Rechnungslegungsstandards	70
1. Abgrenzung zwischen statischer und dynamischer Verweisung	72
2. Europarechtskonformität der Verweisung	73
C. Gesetzlich normierte Vorschriften des HGB, AktG und GmbHG	75
D. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	76
I. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als unbestimmter Rechtsbegriff	77
1. Historische Überlegungen	77
2. Verfassungsrechtliche Überlegungen	79
II. Zusammenfassung	80

E. Regelwerk des DRSC	81
I. Anknüpfung der DRS an die Dogmatik der Rechtsquellenlehre – die DRS als widerlegbare Vermutung	81
II. Interpretationen internationaler Rechnungslegungsstandards	84
§ 2 Pflichtenbindung im Außen- und Binnenverhältnis	84
A. Außenverhältnis	85
I. Bilanzrechtliche Vorschriften zwischen Allgemein- und Individualschutz	86
1. H.M.: Vorliegend allgemeinschützender Charakter bilanzrechtlicher Vorschriften	86
2. M.M.: Vorwiegend individualschützender Charakter bilanzrechtlicher Vorschriften	87
3. Hybrider Ansatz: Doppelqualifikation bilanzrechtlicher Vorschriften	87
4. Stellungnahme im Lichte systematischer und funktionaler Erwägungen	88
a) Interessenschutz des Handelsbilanzrechts	88
b) Interessenschutz internationaler Rechnungslegungsstandards	90
II. Auswirkungen des Interessenschutzes auf die Rechtsnatur bilanzrechtlicher Vorschriften	91
III. Auswirkungen des Interessenschutzes auf die Sanktionierung bilanzrechtswidrigen Verhaltens nach § 823 Abs. 2 BGB	93
1. Insbesondere: Schutzgesetzqualität der §§ 242 ff. HGB	93
2. Insbesondere: Schutzgesetzqualität der §§ 91 Abs. 1 AktG, 41 GmbHG	94
a) Durchbrechung des Prinzips der Haftungskonzentration auf die Gesellschaft	96
b) Wertungswidersprüche zur Kapitalmarktinformationshaftung	97
3. Insbesondere: Schutzgesetzqualität des § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB	98
B. Binnenverhältnis	98
I. Dogmatische, rechtsvergleichende und rechtsökonomische Anknüpfungspunkte der Legalitätspflicht – Überblick über den Status quo	98

II. Bilanzrechtliche Pflichten als Gegenstand der Legalitätspflicht	102
§ 3 Ergebnis	104
Zweiter Teil: Rechtmäßiges Handeln des Geschäftsleiters – Reichweite der Pflichtenbindung	106
§ 1 Status quo	107
A. Arten bilanzieller Freiräume	107
I. Unbestimmte Rechtsbegriffe	108
II. Wahlrechte	109
III. Schätzungen und Prognosen bei der Tatsachenermittlung	109
B. Rechtliche Grenzen potenzieller Freiräume bei der Abschlusserstellung	110
C. Weiteres Vorgehen	111
§ 2 Unbestimmte Rechtsbegriffe	112
A. Begriffsbestimmung	112
B. Unbestimmte Rechtsbegriffe des Bilanzrechts im Syllogismus der Rechtsfolgebestimmung	113
I. Obersatz	114
II. Untersatz	116
III. Logische Schlussfolgerung	118
IV. Zwischenergebnis	119
C. Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe als Kompetenzfrage	120
I. Auslegungsfreiräume als richterlicher Delegationsauftrag	120
II. Subsumtionsfreiräume als richterlicher Delegationsauftrag	121
1. Ausnahme: Der tatbestandliche Beurteilungsspielraum der Verwaltung – insbesondere im Hinblick auf Prognoseentscheidungen	122
2. Ausnahme: Der tatbestandliche Beurteilungsspielraum des Normadressaten im Kapitalmarkt- und Kartellrecht	124

3. Schlussfolgerungen für einen tatbestandlichen Beurteilungsspielraum des Normadressaten im Bilanzrecht	126
a) Normative Ermächtigung des Normadressaten zur Abgabe von Schätzungen und Prognosen	126
b) Zwingende sachliche und funktionale Gründe für eine normative Ermächtigung des Normadressaten	127
D. Normativ-subjektiver Fehlerbegriff	128
I. Inhalt und Reichweite des normativ-subjektiven Fehlerbegriffs	129
1. Meinungsstand	130
a) BFHE 240, 162: Normativ-subjektiver Fehlerbegriff im Steuerrecht	130
b) Beschluss des OLG Frankfurt vom 04.02.2019: Normativ-subjektiver Fehlerbegriff im Enforcement-Verfahren	132
c) Schrifttum	133
2. Einordnung der verschiedenen Ansichten	135
II. Konsequenzen eines auf bilanzielle Rechtsfragen anwendbaren (weiten) normativ-subjektiven Fehlerbegriffs	136
1. Zivilrechtliche Haftung	137
a) Rechtslage bei Zugrundelegung eines objektiven Fehlerbegriffs	137
aa) Außenhaftung	137
bb) Binnenhaftung	139
b) Rechtslage bei Zugrundelegung eines normativ-subjektiven Fehlerbegriffs	141
aa) Außenhaftung	141
bb) Binnenhaftung	142
c) Schlussfolgerungen	143
2. Straf- und bußgeldrechtliche Sanktionierung	143
3. Nichtigkeit gem. § 256 AktG	145
4. Enforcement-Verfahren	146
a) Bisherige Rechtslage	146
b) Auswirkung der gesetzgeberischen Reformbestrebungen im FISG-RegE	148
5. Abschlussprüfung gem. § 317 HGB	149
III. Schlussfolgerungen und Ergebnis	153

§ 3 Wahlrechte im Handelsbilanzrecht	154
A. Bestandsaufnahme	154
I. Explizite Wahlrechte	155
1. Ansatz- und Bewertungswahlrechte	155
2. Zweifelsfälle	156
a) Zur Wahlrechtsqualität des § 250 Abs. 3 HGB hinsichtlich der Abgrenzung laufzeitabhängiger und laufzeitunabhängiger Unterschiedsbeträge	156
aa) Problematik	156
bb) Bislang vertretene Lösungsansätze	158
(1) Ansatz der herrschenden Meinung: § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB als Aktivierungswahlrecht nur für ein vereinbartes Disagio	158
(2) <i>Tiedchens</i> Ansatz: § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB als Aktivierungswahlrecht sowohl für ein vereinbartes Disagio als auch für ein vereinbartes Bearbeitungsentgelt	159
(3) <i>Henrichs</i> ' Ansatz: § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB als Abbildungs Offenheit	159
cc) Stellungnahme und eigener Ansatz	160
(1) Wortlaut und Systematik des § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB	160
(2) Gesetzgebungshistorie des § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB	162
(3) Telos des § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB unter besonderer Berücksichtigung der steuerrechtlichen Behandlung laufzeitabhängiger und laufzeitunabhängiger Unterschiedsbeträge seit BFHE 234, 168	162
(4) Schlussfolgerung: § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB als Aktivierungswahlrecht für laufzeitunabhängige Unterschiedsbeträge	164
b) Zur Wahlrechtsqualität des § 254 HGB hinsichtlich der Bildung von Bewertungseinheiten	165
aa) Meinungsstand	166
bb) Stellungnahme	167

II. Implizite Wahlrechte	168
1. Abgrenzung impliziter Wahlrechte von ausfüllungsbedürftigen Regelungslücken	170
2. Abgrenzung impliziter Wahlrechte von unbestimmten Rechtsbegriffen	172
3. Abgrenzung impliziter Wahlrechte von Schätzungen und Prognosen	172
4. Ausgewählte Beispiele	174
a) Abschreibungen bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens (§ 253 Abs. 3 Satz 1 HGB) – zur Wahl der Abschreibungsmethode	175
b) Abschreibungen beim Umlaufvermögen (§ 253 Abs. 4 HGB) – zur Ermittlung des Niederstwerts	176
B. Bilanzrechtliche Determinanten der Wahlrechtsausübung	177
I. Zweck der Wahlrechtseröffnung	178
1. Arten gesetzlicher Wahlrechte	179
a) Vereinfachungswahlrechte	179
b) Billigkeitswahlrechte	181
c) Kompromisswahlrechte	182
d) Einheitsbilanz-Wahlrechte – Wegfall infolge des BilMoG	183
e) Subventionswahlrechte – Wegfall infolge des BilMoG	183
f) Beibehaltungswahlrechte des BilMoG	184
g) Originär bilanzpolitisch motivierte Wahlrechte	185
2. Wahlrechtsausübung und Einblicksgebot – der Einfluss des Einblicksgebots auf die Zweckbestimmung gesetzlicher Wahlrechte	186
a) Die Abweichungs- und Korrekturfunktion des Einblicksgebots	186
b) Die Interpretationsfunktion des Einblicksgebots bei Zweifeln an der Zweckbestimmung bilanzieller Wahlrechte	188
aa) Bewertungsvereinfachungsverfahren gem. § 256 Satz 1 HGB	189
bb) Außerplanmäßige Abschreibung nach § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB	192
3. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	194

II. Stetigkeitsgebot als Grenze der Wahlrechtsausübung	195
1. Anwendbarkeit des Stetigkeitsgebots auf die Wahlrechtsausübung	196
a) Die interperiodische Dimension der Ansatz- und Bewertungstetigkeit	198
b) Die innerperiodische Dimension der Ansatz- und Bewertungstetigkeit – Zur Gleichartigkeit von Vermögensgegenständen und Schulden	198
2. Ausnahmen vom Stetigkeitsgebot	200
§ 4 Wahlrechte in den Internationalen Rechnungslegungsstandards	202
A. Explizite Wahlrechte – Regelungsmethodik und Bestandsaufnahme	202
B. Implizite Wahlrechte	203
I. Terminologie	203
II. Identifizierung impliziter Wahlrechte unter Berücksichtigung des IAS 8.10	204
C. Rechtliche Determinanten	205
I. Zweck des Wahlrechts	205
1. Vereinfachungs-, Kompromiss- und Gleichwertigkeitswahlrechte	205
2. Einfluss des Gebots der „ <i>fair presentation</i> “ auf die Zweckbestimmung der Wahlrechtseröffnung	206
II. Stetigkeitsgebot	207
§ 5 Schätzungen und Prognosen	208
A. Ausgewählte Beispiele anzustellender Schätzungen und Prognosen bei der Abschlusserstellung	209
I. Schätzungen und Prognosen als Bezugspunkt des Handelsbilanzrechts	210
II. Schätzungen und Prognosen als Bezugspunkt internationaler Rechnungslegungsstandards	211
B. Bilanzrechtliche Determinanten	212
I. Handelsbilanzrechtliche Determinanten	212
1. Anforderungen an das Schätzungs- und Prognoseverfahren	213
a) Informationsgrundlage	213
b) Allgemeines Willkürverbot	213

2. Anforderungen an das Schätzungs- und Prognoseergebnis	214
a) Plausibilität des Schätzungs- oder Prognoseergebnisses	214
b) Vorsichtsprinzip	216
II. Determinanten der internationalen Rechnungslegungsstandards	218
1. Anforderungen an das Schätzungs- oder Prognoseverfahren	218
a) Informationsgrundlage gemäß IAS 8.32	218
b) „Vernünftige“ Schätzungen und Prognosen im Sinne des IAS 8.33	219
2. Anforderungen an das Schätzungs- oder Prognoseergebnis	219
a) Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit	219
b) „Prudence Principle“	220
C. Schlussfolgerungen	221
§ 6 Zusammenfassung	222
Dritter Teil: Zweckmäßigkeitsentscheidungen bei der Abschlusserstellung	224
§ 1 Gesellschaftsinteresse als Handlungsmaxime	224
A. Der positive Gehalt des Gesellschaftsinteresses bei der Abschlusserstellung	226
I. Gesellschaftsinteresse im Sinne langfristiger Wertsteigerung und Rentabilität	226
II. Rentabilitätsförderung durch Abschlusserstellung? – Eine rechtliche und empirische Betrachtung	227
1. Der indirekte Zusammenhang zwischen Abschlusserstellung und dauerhafter Rentabilität	227
2. Abschlussinformationen als Entscheidungsgrundlage von Share- und Stakeholdern	228
a) Relevanz der Abschlussinformationen für gegenwärtige und künftige Anteilseigner der Gesellschaft	228
aa) Aktionäre	229
bb) GmbH-Gesellschafter	230
b) Relevanz der Abschlussinformationen für die Gläubiger der Gesellschaft	231

3. Schlussfolgerungen für die Ausrichtung der Bilanzpolitik am Gesellschaftsinteresse	233
B. Der negative Gehalt des Gesellschaftsinteresses – Vermeidung von Interessenkonflikten	234
I. Variable Vergütungsbestandteile als Ursache eines Interessenkonflikts? – Zum Zusammenhang zwischen Vergütungs- und Bilanzpolitik	234
1. Nachhaltige Vergütungspolitik börsennotierter Gesellschaften	235
2. Nachhaltige Vergütungspolitik nicht börsennotierter Gesellschaften	237
II. Umgang mit Interessenkonflikten bei der Abschlusserstellung	238
1. Grundlagen	238
2. Insbesondere: Offenlegung	239
3. Insbesondere: Ermöglichung angemessener Kontrolle	241
§ 2 Haftungsrechtlich geschütztes Ermessen bei der Ausübung bilanzieller Freiräume	241
A. Bedürfnis und Zweck eines haftungsrechtlich geschützten Ermessens bei der Abschlusserstellung	242
I. Keine drohende Risikoaversion bei pflichtengebundenen Entscheidungen	243
II. Haftungsrechtlich geschütztes Ermessen als Korrelat zu übermäßigen Sanktionsrisiken	244
1. Zivilrechtliche Sanktionsrisiken des Geschäftsleiters bei zweckwidriger Ausübung bilanzieller Freiräume – insbesondere zu potenziell regressfähigen Schadensposten der Gesellschaft im Rahmen der Binnenhaftung	245
a) Fallgruppe 1: Überhöhte Gewinnausschüttung	246
aa) Konstellation 1: Schadensposten wegen überhöhter Gewinnausschüttung der Gesellschaft bei Einschlägigkeit des Haftungstatbestands des § 93 Abs. 2 Satz 1 AktG bzw. § 43 Abs. 2 GmbHG	247
bb) Konstellation 2: Schadensposten bei Einschlägigkeit des Sonderhaftungstatbestands des § 93 Abs. 3 Nr. 2 AktG	249

cc) Konstellation 3: Schadensposten bei Einschlägigkeit des Sonderhaftungstatbestands des § 43 Abs. 3 GmbHG	250
b) Fallgruppe 2: Vergütung des Geschäftsleiters	251
c) Fallgruppe 3: Finanzierungskosten	252
d) Fallgruppe 4: Bilanzgarantiehaftung	252
e) Fallgruppe 5: Regress für Kapitalmarktinformationshaftung der Gesellschaft	255
aa) Abschlussinformationen und Prospekthaftung	256
bb) Abschlussinformationen und Regelpublizitätshaftung	258
2. Strafrechtliche Sanktionsrisiken bei zweckwidriger Ausübung bilanzieller Freiräume	258
3. Zwischenergebnis	260
III. Besonderheit der Entscheidungssituation	260
B. Ausgestaltung eines haftungsrechtlich geschützten Ermessens	262
I. Business Judgment Rule	262
1. Merkmale einer unternehmerischen Entscheidung	262
2. Sonstige Anwendungsvoraussetzungen der Business Judgment Rule	265
a) Anforderungen an eine angemessene Informationsgrundlage	265
b) Wohl der Gesellschaft und Handeln ohne Sonderinteressen und sachfremde Einflüsse	267
II. Zum Erfordernis einer „Accounting Judgment Rule“	268
1. Stellungnahme auf Grundlage der bisherigen Untersuchungsergebnisse	269
2. „Accounting Judgment Rule“ im US-amerikanischen Recht	270
§ 3 Ergebnis	270
Vierter Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse in Thesen	272
Literaturverzeichnis	279

Abkürzungsverzeichnis

A. A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
ARC	Accounting Regulatory Committee
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BB	Betriebs-Berater
BC	Basis of Conclusion
Begr.	Begründung
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BFuP	Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BiRiLiG	Bilanzrichtlinien-Gesetz
BJR	Business Judgment Rule
BMF	Bundesministerium der Finanzen
bspw.	beispielsweise
BT-Drcks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb
DCF	Discounted Cashflow
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe; dieselben
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
DK	Der Konzern
DM	Deutsche Mark

Abkürzungsverzeichnis

DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DPR	Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V.
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EAR	European Accounting Review
EBITDA	Earnings before Interests, Taxes, Depreciation and Amortisation
ECOFIN-Rat	Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Europäischen Union
EFRAG	European Financial Reporting Advisory Group
EFRAG-TEG	European Financial Reporting Advisory Group – Technical Expert Group
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELJ	European Law Journal
ELR	European Law Review
ESTG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht Erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZG	Europäische Zentralbank
f., ff.	folgende
FASB	Financial Accounting Standards Board
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GoB	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung
GS	Gedächtnisschrift
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Hdb.	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber

IAS	International Accounting Standards
IASB	International Accounting Standards Board
IASC	International Accounting Standards Committee
IC	Interpretations Committee; Interpretationen des Interpretations Committee
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee; Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards
IG	Guidance on Implementing
insbes.	insbesondere
IOSCO	International Organisation of Securities Committee
IRZ	Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung
i. V. m.	in Verbindung mit
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KOM	Kommission
KoR	Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
M&A	Mergers & Acquisitions
m. E.	meines Erachtens
MMVO	Marktmissbrauchsverordnung
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OLG	Oberlandesgericht
Rn.	Randnummer
S.	Seite
SIC	Standing Interpretations Committee; Interpretationen des Standing Interpretations Committee
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
StuB	Steuern und Bilanzen
StuW	Steuer und Wirtschaft
TUG	Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
u. a.	unter anderem
Urt.	Urteil
US-GAAP	US-Generally Accepted Accounting Principles
u. U.	unter Umständen

Abkürzungsverzeichnis

verb.	verbunden
Verf.	Verfasser
VerwArch	Verwaltungsarchiv
vgl.	vergleiche
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
WIB	Wertpapierinformationsblatt
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht / Wertpapiermitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
z. B.	zum Beispiel
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
zfbf	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung